

Harald Rein

ratlos und reaktiv: Von Hartz IV zu den Teuerungsprotesten

Corona, Krieg, Klimakrise und zunehmende Verarmung wirken in unterschiedlicher Form auf die hiesige Bevölkerung ein. Während die einen von den vielfältigen Krisen profitieren, gerät ein anderer, größerer Teil in eine materielle Abwärtsspirale. Ende letzten Jahres führte der Ukrainekrieg, im Zusammenhang mit einer Sanktionspolitik der Bundesregierung zu einem rapiden Anstieg der Lebensmittelpreise sowie zu einer kontinuierlich steigenden Erhöhung der Energiekosten. Eine im Dezember 2022 veröffentlichte Umfrage zu einem möglichen Protestpotenzial in der Energiekrise sah eine Parallelität zwischen Preissteigerungen und Protestgebaren. „Unsere Analysen zeigen, dass sich rund jede*r vierte Befragte vorstellen kann, aufgrund der hohen Energiepreise zu protestieren. Etwas über die Hälfte will deswegen nicht auf die Straße gehen, knapp jede*r Fünfte ist noch unentschlossen.“¹ Auch der Risikobericht 2023 des Weltwirtschaftsforums stuft die Inflation sowie Versorgungsprobleme bei Energie und Lebensmitteln als die größten weltpolitischen Risiken ein. Sollten die Steigerungen der Lebenshaltungskosten anhalten, drohten soziale Spannungen, die Proteste der Bevölkerung und Aufstände auslösen könnten.²

Ähnlich die Einschätzung linker Gruppen, so schrieb die Interventionistische Linke (IL) im September 2022: „In dieser Situation besteht für alle emanzipatorischen Kräfte, alle Bewegungen und alle Spektren der gesellschaftlichen Linken ein unmittelbarer Handlungszwang“, der sich auch daraus zu ergeben schien, „dass aktuell viele Menschen für antikapitalistische Botschaften empfänglich sind...“.³ Einige Monate später ist Tristesse eingetreten, denn keine linke politische Gruppe oder kein linkes Bündnis hat es geschafft nennenswerte Mobilisierungswerte zu erreichen. Obgleich es vielerlei Bemühungen gab, den Protest auf die Straße zu bringen, gelang es nur, den eigenen Sympathisantenkreis zusammenzubringen. Für Bundeskanzler Olaf Scholz ein erfreuliches Zeichen: „Manche haben ja schon über einen Wut-Herbst und einen Wut-Winter und ähnliche Dinge gesprochen, die unser Land dann ereilen würden und mit denen wir uns auseinandersetzen hätten. Die Wahrheit ist: Das ist nicht eingetreten. Wir sitzen hier und es ist warm – und das ist auch überall in Deutschland der Fall.“⁴

Ich möchte im Weiteren einige Hinweise darauf geben, woran es vielleicht gelegen hat, dass besonders betroffene Menschen auch in Krisenzeiten nicht sofort auf die Straße gehen, welche Rolle dabei linke Gruppen spielen und weshalb die Hartz IV-Proteste zwar ein positives Beispiel darstellen, aber mit der heutigen Situation nur schwer vergleichbar sind.

¹ <https://www.dezim-institut.de/aktuelles/aktuelles-detail/protestpotenziale-in-der-energiekrise/>

² Frankfurter Rundschau vom 21. Januar 2023

³ Aufruf der Interventionistischen Linken: Winter is coming: Zeit Feuer zu machen!, September 2022

⁴ Frankfurter Rundschau vom 25. Januar. 2023

Beginn und Höhepunkte der Erwerbslosenbewegung

Nach dem zweiten Weltkrieg hat es selten kollektive Armut- oder Erwerbslosenproteste gegeben. Ausgenommen sind die besonderen Zeiten zwischen 1947 und 1951, in der ein Großteil der Bevölkerung der Besatzungszonen unter Hunger litten und versucht wurde, mit großen Streiks und Demonstrationen eine Verbesserung der konkreten Mangelsituation zu erreichen. Noch in den Konstitutionsjahren der Bundesrepublik Deutschland führten Geldmangel und Preissteigerungen zu Konsumentenprotesten, Warnstreiks und Teuerungsprotesten⁵, die spätestens mit dem beginnenden Wirtschaftsaufschwung keine Rolle mehr spielten. Erst Anfang der 70er Jahre wirken sich ökonomisch erzeugte Krisen in den westlichen Industrieländern auf die Arbeits- und Lebenssituation vieler Menschen aus. Massenarbeitslosigkeit, Verarmung und Ausgrenzung gehörten wieder zum gesellschaftlichen Alltag. Erste Gruppen von Erwerbslosen⁶ und Sozialhilfebezieher*innen⁷ gründeten sich und erlebten nach dem Bundeskongress der Arbeitslosen 1982 einen enormen Aufschwung. Jahrelange Kleinstarbeit vor Ort (einem Bundesverband standen die meisten Gruppen negativ gegenüber) und intensive rechtliche Eigenschulung in Verbindung mit dem Aufbau einer professionellen Beratungspraxis schufen ein flächendeckendes Initiativennetzwerk, das immer wieder versuchte, mit Kampagnen gegen die Verschlechterung ihrer Lebenslagen Gehör in der Öffentlichkeit zu finden. Die oftmals geringe Resonanz auch unter den Betroffenen ließ viele Aktivist*innen verzweifeln. Dennoch kann im Zeitraum zwischen 1998 und 2004 von drei sehr unterschiedlichen Mobilisierungserfolgen gesprochen werden.

Kämpfe zwischen 1998 und 2004

Im Jahr 1998 organisierte eine breit aufgestellte Erwerbslosenbewegung (damals existierten um die 1.000 Initiativen) regelmäßige Aktionen am Tag der Verkündung der neuen, monatlichen Arbeitslosenzahlen. Die Gruppen standen unter dem Druck, nach vielen Jahren der Sozialleistungskürzungen jetzt endlich etwas dagegen unternehmen zu wollen. Dieser Anspruch der gemeinsam agierenden Erwerbslosengruppen reichte aber nicht aus, um mehr als den eigenen Kreis der Aktiven auf die Straße zu bringen. Von gewerkschaftlicher Seite und auch von der gesellschaftlichen Linken kamen kaum Impulse. Aber ein kleiner Teil der Erwerbslosen fühlte sich angesprochen, sie sendeten ein eindeutiges Signal in Richtung Politik: Wir sind da und mit uns ist zu rechnen!

Die zweite Mobilisierungsphase fiel in den Zeitraum der Einführung von Hartz IV und der Agenda 2010 der rot-grünen Bundesregierung ab 2003. In monatelanger Vorbereitung bildeten Anti-Hartz-Initiativen in ganz Deutschland die Grundlage für eine zentrale

⁵ Siehe die zwei Artikel von Günter Trittelt und Paul Erker über Hungerkrise und Protest im Nachkriegsdeutschland im Sammelband von Gailus, Manfred/Volkman, Heinrich (Hg.): Der Kampf um das tägliche Brot, Opladen 1994

⁶ Siehe: Rein, Harald (Hg.): 1982 – 2013 Dreißig Jahre Erwerbslosenprotest, Neu-Ulm, 2. Aufl. 2014

⁷ Siehe: Scherer, Wolfgang/Stock, Lothar (Hg.): Schluß mit dem Geschwätz, erhöht die Regelsätze!, Frankfurt 1988

Demonstration in Berlin. Der Erfolg der 100.000 in Berlin im November 2003 war einem Bündnis von unten (Erwerbslosengruppen, gewerkschaftlichen Organisationen, Sozialaktivist*innen, einigen linken Vereinigungen) geschuldet, das sich gegen den Willen der Gewerkschaftsführung⁸ gebildet hatte. Es war ein Beispiel dafür, dass es politische Momente gibt, in denen auch Großorganisationen ihren sozialpartnerschaftlichen Einfluss kurzzeitig verlieren können. Da es bei vielen Basisorganisationen aber keinerlei Vorstellung gab, wie die Welle des Widerstandes weitergeführt und womöglich noch gesteigert werden kann (der Elan der Demonstration konnte auch von den Erwerbslosengruppen nicht in die Arbeit vor Ort umgesetzt werden), war es ein Leichtes, dass die anschließenden Aktionsversammlungen wieder von den Politprofis übernommen werden konnte. Hatte die Parole „Weg mit Hartz IV“ wesentlich dazu beigetragen, unterschiedliche Gruppen von Betroffenen zusammenzuführen, so fehlte ihr doch eine gangbare Perspektive, wie der Weg und das Ziel einer anderen (Sozial)Politik aussehen könnte.

Versuche wie die „Agenturschluss“-Aktion, bei der die Arbeitsagenturen am ersten Tag der Hartz-IV-Ära belagert wurden, und die späteren „Wir zahlen nicht für Eure Krise“-Demonstrationen verloren zusehends an Mobilisierungskraft. Betroffene fühlten sich nicht mehr angesprochen.

Einzig die Montagsdemonstrationen 2004 im Osten Deutschlands können als spontaner Massenprotest bezeichnet werden.⁹ Dem Aufruf von wenigen, meist unorganisiert Betroffenen zu sogenannten Montagsdemonstrationen folgten auf dem Höhepunkt am 30. August 2004 in rund 200 Städten (auch im Westen) über 200.000 Personen. Bei der Initiierung der Demonstrationen und Kundgebungen in Ostdeutschland spielten die Erwerbslosengruppen vor Ort kaum eine Rolle, der Protest kam aus den Reihen einzelner, unzufriedener Erwerbsloser. Rechtsextreme Unterwanderungsversuche konnten meist verhindert werden¹⁰, in einigen Fällen setzte die Polizei das Mitdemonstrieren durch. Abgrenzung von Faschist*innen war einer der beschlossenen Grundsätze der Montagsdemonstrationen.

Allerdings reproduzierte ein Großteil des Aufruhrs die sozialstaatlich gezogene Spaltungslinie zwischen verschiedenen Armutgruppen. Für viele der Demonstrierenden speiste sich die Kraft auf die Straße zu gehen aus der Empörung, nach jahrelanger Erwerbsarbeit innerhalb kurzer Zeit auf dem gleichen materiellen Niveau zu stehen, wie andere, die aus unterschiedlichen Gründen nie erwerbstätig waren. Wer vorher „Leistung“ in Form von Erwerbsarbeit gezeigt hatte, sollte auch bei Hartz IV besser gestellt werden, denn mit der Abschaffung der Arbeitslosenhilfe bestand die Gefahr, nach einem Jahr Arbeitslosengeld sofort in Hartz-IV (Sozialhilfe) zu fallen.

⁸ So gipfelte etwa der Aufruf des DGB-Vorsitzenden Michael Sommer im Sommer 2003 zur Einstellung der Proteste gegen die Agenda 2010 in der Behauptung: „Die größten Klötze sind weg“ (Der Spiegel vom 26. Mai 2003).

⁹ Siehe die Ausführungen von Andreas Ehrholdt, dem Initiator der Montagsdemonstrationen in Magdeburg, in: Ehrholdt, Andreas/Gatzke, Michael: Ihr habt euch selbst verraten, Neckenmarkt 2011

¹⁰ Siehe den Beitrag „Immer wieder Montags“ in diesem Sammelband

Die Erwerbslosenproteste in dieser Zeit waren sowohl gut organisierte, wie auch spontane Zusammenkünfte, die weder von der Regierung noch von den linken Gruppen so erwartet worden waren. Sie brachten den Unmut vieler Betroffener auf die Straße, der aber nur in den wenigsten Fällen auch einen Bruch mit dem zugrunde liegenden Erwerbsarbeitsmodell, samt ideologischem Überbau, beinhaltete. Die mitagierenden Erwerbslosengruppen¹¹ waren organisatorisch zu schwach und inhaltlich an wesentlichen Fragen uneins, während es von Seiten der Arbeiterbewegung samt ihrer Organisationen nur sporadische Solidaritätsbekundungen gab. Was wäre wohl passiert, wenn eine geeinte Gewerkschaftsbewegung eine Streikbewegung initiiert und gemeinsam mit den Erwerbslosen die Agenda 2010 zu Fall gebracht hätte?

Hemmende Faktoren

Bei allen vorgestellten Praxen des Widerstandes armer Leute sind widersprüchliche, den Protest hemmende Faktoren zu erkennen:

So führt der einseitige Blick auf die Lohnarbeit als alternativlos erscheinende Existenzbedingung zu einer Spaltung innerhalb der Arbeiterbewegung. Die oftmals distanzierende und herabwürdigende Sichtweise auf Erwerbslose durch Arbeitnehmer*innen lässt Solidaritäten untereinander nur selten zu. Gefördert durch staatliche Kampagnen gegen angeblichen Sozialmissbrauch und transportiert mit Hilfe vieler Medien wird die positive Wertigkeit eines Menschen mit der Beteiligung am Arbeitsleben gleichgesetzt und eine Abwertung auf Menschen ohne Erwerbsarbeit übertragen. Die Hegemonie der Arbeitsgesellschaft in Frage zu stellen und jeglichen sozialstaatlichen Zwang zurückzuweisen, ist sicherlich einer der wichtigsten Aufgaben linker Bewegung. Zum anderen braucht es die Notwendigkeit kleiner Erfolge. Eine Dauermobilisierung ohne erkämpfte Verbesserungen führt schnell zu Resignation oder es setzt sich, mangels vorhandener Alternativen, die Meinung durch, dass die Wahl einer neuen Partei (wie nach den Hartz IV-Protesten der kurzzeitige Aufstieg der Partei Die Linke) grundlegende Änderungen mit sich bringen würde. Wahrscheinlich gelingen bestimmte Erfolge aber nur im Verbund mit größeren Organisationen, wie z. B. Gewerkschaften. Es ist eben das deutsche Dilemma, dass spontaner Massenprotest eine Seltenheit darstellt und das Vertrauen in organisatorische Großgebilde wie Gewerkschaften oder Parteien („Die werden es schon machen!“) präferiert werden. Wesentliches Merkmal einer solchen Zusammenarbeit mit Großorganisationen beruht auf zeitweiliger Gleichberechtigung bei Vorbereitung und

¹¹ Mittlerweile hat sich nach der Niederlage im Kampf zur Verhinderung der Einführung des Hartz-IV-Regimes der politische Charakter der Erwerbslosenbewegung stark verändert. Reformbestrebungen für einen erhöhten Regelsatz und der Kampf gegen ausufernde sozialstaatliche Restriktionen stehen im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen, die meist in den Beratungsstellen und vor Gericht ausgetragen werden. Ausführlicher: Rein, Harald: Die desolante Situation der Linken ist auch eine Krise der Erwerbslosenbewegung, in: express 7-8/2022 und Keine Atempause...? Oder Zeit zum Lüft holen! Sozialismus, Existenzgeld und Erwerbslosenbewegung, in: express 9/2022

Durchführung von Aktionen. Das wird selten genug der Fall sein, war es aber während des kurzen Sommers der Proteste gegen Hartz IV.

Und schließlich ist schon seit vielen Jahren ein grundlegender Mangel an radikal emanzipatorischen Visionen zu vermerken. Geht es ausschließlich um einen höheren Regelsatz und damit um einen „besseren“ Sozialstaat, soll damit der gesellschaftliche Reichtum „gerechter“ umverteilt werden? Wie sähe denn eine andere Gesellschaft aus, in der Armut und Arbeitslosigkeit keine Rolle spielen, Arbeit eine andere Form annehmen würde? Gäbe es dann noch einen Staat, wer würde bestimmen, was produziert werden soll und wie gestaltet sich letztlich Demokratie usw.? Von gesellschaftlichem Umbruch ist oft die Rede, wie er sich aber realisieren könnte, darüber gibt es kaum Debatten innerhalb linker Bewegungen. Es fehlt schon am Willen kooperativ zu klären, ob es einen gemeinsamen Schirm für emanzipative Grundeinstellungen gibt und wie der weitere Weg zu einer sozialen Umwälzung an Gewicht gewinnt.

Innerhalb der Erwerbslosenbewegung wurde bereits Anfang der 80er Jahre der Blick in die Zukunft gewagt. Mit dem Konzept Existenzgeld¹², einem bedingungsloses Grundeinkommen, sollte ein das herrschende System überwindende, für alle gleiche Forderung nach einem guten Leben ermöglicht werden. Es garantiert allen Menschen ein ausreichendes Einkommen zur freien Entfaltung der Persönlichkeit und zur umfassenden gesellschaftlichen Teilhabe. Sie wird ohne Bedürftigkeitsprüfung und unabhängig von vorheriger Erwerbsarbeit bzw. von der Bereitschaft, sich dem Arbeitsmarkt zur Verfügung zu stellen, geleistet. Existenzgeld ist somit bedingungslos.

Bis heute ist dieser Ansatz im Pro und Contra der Diskussion über ein Grundeinkommen steckengeblieben. Es ist bisher nicht gelungen, das Existenzgeld in eine antikapitalistische Agenda einzubetten und damit eine reale Alternative für eine andere Gesellschaft aufzuzeigen.

Proteste gegen Teuerungen – Wunsch und Realität

Rund zwanzig Jahre nach den Protesten gegen Hartz IV sind die offiziellen Arbeitslosenzahlen stark gesunken, die Beschäftigtenanzahl enorm gestiegen und die Armutsquoten mit oder ohne Arbeit angewachsen. Nach einigen Jahren staatlich verordneter Pandemieruhe führte die Besetzung ukrainischen Gebietes durch russische Truppen und die sich anschließende Sanktionspolitik der bundesdeutschen Regierung zu einer erheblichen Steigerung der Lebensmittelpreise, verbunden mit der Drohung einer exorbitanten Erhöhung der Energiepreise. Betroffen von diesen Preiserhöhungen sind hauptsächlich diejenigen, die

¹² Siehe: Allex, Anne/Rein, Harald (Hg.): „Den Maschinen die Arbeit...und das Vergnügen!“ Beiträge zum Existenzgeld, Neu-Ulm 2011 und grundsätzlicher: Reitter, Karl: Bedingungsloses Grundeinkommen, Wien 2012

schon vorher nicht genügend Geld hatten, aufgrund von niedriger Lohnzahlung, knappen Sozialleistungen oder geringer Rente. Logischerweise müsste sich doch dieser Personenkreis am ehesten an Protesten beteiligen. Hier setzten die Aufrufe von linken Gruppen im Herbst 2022 an. Dabei hatte man den Eindruck, es müsse jetzt ganz schnell gehen, da ansonsten rechte Gruppen als Erste zu Kundgebungen aufrufen könnten. Recht bald zeigte sich, dass die linke Mobilisierung vor Ort und zentral kaum Wirkung zeigte (Stand: April 2023), es gelang nur, das eigene Umfeld zu aktivieren. Im Osten Deutschlands fanden bis heute größere Demonstrationen statt. Sie bauten auf die früheren Anti-Corona-Aktionen auf, verstehen sich nicht selten als rechtsoffen, werden von Teilen des bedrohten Mittelstandes genutzt und greifen zentral die Sanktionspolitik der Bundesregierung an bei gleichzeitiger Forderung nach Friedensverhandlungen. Aber auch dort stagniert der Protest, arme Bevölkerungsteile sind am wenigsten vertreten.

Welche Gründe spielen hier eine Rolle?

Die Hartz IV-Proteste waren darauf ausgerichtet, ein neu konzipiertes Gesetzeswerk nicht zur Geltung zu bringen. Es handelte sich somit um eine punktorientierte Zielrichtung, die klar zu beschreiben war, aber nur einen gewissen (wenn auch großen) Anteil der Bevölkerung tangierte. Dagegen treffen die aktuellen Verteuerungen die gesamte Bevölkerung. Von den staatlichen Gegensteuerungen in Form von materiellen Zuwendungen profitierten am meisten die gutsituierten Großverbraucher, obwohl diese nur für einen geringen Prozentsatz ihrer Ausgaben inflationsbetroffen sind. Der Rest erhielt, zeitlich aufgeteilt, kleinere Zuwendungen, die einen vielleicht vorhandenen Protestwillen dämpften, zumal die Preissteigerungen bei Gas¹³ und Strom bisher noch nicht so in den Einzelhaushalten angekommen sind.

Weitere Aspekte, die bei der Beantwortung der obigen Frage eine Rolle spielen könnten, sind die Krise der gesellschaftlichen Linken, die Rolle der sozialstaatlichen Einwirkung und der Eigensinn von Armen.

Strategien linker Bewegungen oder Krise der Linken

Generell zu kritisieren ist ein dauerhafter Aktivierungsbezug vieler linker/linksradikaler Gruppen in Deutschland, deren politische Praxis sich an einer scheinbar notwendigen Unmittelbarkeit orientiert (wir müssen sofort reagieren, hier ein Flugblatt, dort eine Kundgebung usw....). Permanent unter einem Zeitdruck zu stehen und „etwas machen zu müssen“ sieht die Fragen nach dem Verbinden bzw. Zusammenwirken verschiedener Aktionen sowie nach deren langfristigen Zielen nur noch als Belastung. Je mehr die Krisensymptome des Kapitalismus drücken, umso mehr Aktivitäten sind nötig. Erschöpfung, verengtes politisches Blickfeld (auf das tagtäglich Erforderliche), kaum Zeit die eigene Praxis

¹³ Der Gaspreis liegt aktuell (Februar 2023) etwa auf gleicher Höhe wie 2020! Die Angst vor zu hohen Gaspreisen fand sich auch in der medialen Erregung wider.

zu hinterfragen, alles bleibt reaktiv. Der Ruf nach einem „System Change“ wirkt eher ratlos. Gemeinsame Reflexionen über Theorie und Praxis linker Gruppen sind dünn gesät und laufen nicht selten auf schlichte Rechtfertigung der eigenen Existenz hinaus.¹⁴ Es fehlt an organisatorischen und inhaltlichen Verbindungsbrücken zwischen den einzelnen Teilbereichskämpfen und es fehlt an einer bestechenden gesamtgesellschaftlichen Perspektive.¹⁵

In der aktuellen Sozialprotestphase seit Herbst 2022 treten politisch indifferente Protestverbände auf, deren Strategie sich oft auf bloße Appelle an die Herrschenden konzentriert. Hier eine materielle Zuwendung, dort eine steuerliche Erleichterung und ein bisschen Umverteilung. Armut an sich wird nicht in Frage gestellt.

Dürftige Parolen wie „Ebbe langt's“ und „Protestieren statt Frieren“ im Zusammenhang mit moralischen Klagen über die Profitgier der Konzerne und dass Menschen dafür die Zeche zu zahlen haben, sind wenig zielführend. Dass Kapitalismus schlichtweg so funktioniert, fällt unter den Tisch. So hatte das Bündnis „Ebbe langt's“ in Frankfurt/M. in ihrem ersten Flugzettel fünf Forderungen, die, kaum dass er verteilt wurde, schon zum großen Teil staatlicherseits erfüllt wurden (Gasumlage stoppen! Gaspreisdeckel einführen! Strom- und Gassperren verhindern!). War es der „Druck“ der Straße oder die Klugheit des Klassenfeindes? Die Frankfurter Initiative ist nur ein Beispiel für ähnliche Bündnisse in Deutschland. Forderungen wie „Preise runter“ und Aufrufe im Hinblick auf „Wir werden die Kosten der Krise nicht tragen“ (2009 hieß es „Wir zahlen nicht für eure Krise“) klingen merkwürdig reformistisch, zeigen kein Ziel auf (sollen die Preise auf das Niveau von 2021 gesenkt werden?) und lassen eine gesellschaftliche Zielbestimmung im Nebulösen („Umverteilung von oben nach unten“, was bedeutet das?). Oftmals fehlt es bei den Aufrufen auch an klar bestimmten Forderungen für arme Menschen, eine Kritik am neuen Bürgergeldsystem ist kaum zu finden. Schon auf dieser Ebene fühlen sich arme Menschen nicht angesprochen. So schrieb die Erwerbsloseninitiative Basta: „Wir haben uns umgeschaut, aber mussten feststellen, dass die meisten Bündnisse und Demos zu Preissteigerungen in der Praxis kaum etwas mit Menschen zu tun haben, die arm gehalten werden.“¹⁶

Sozialstaatliche Einwirkungen und der Eigensinn von Armen

Durch ein abgestuftes Netz von Unterstützungsleistungen, Versagungen und Begünstigungen unterschiedlicher Armutgruppen entfaltet der Sozialstaat eine entsolidarisierende Wirkung. Arbeitslosengeld wird aus der Arbeitslosenversicherung bezahlt, Bürgergeld und Wohngeld aus dem Steueraufkommen. Dazwischen gibt es einen Personenkreis, der mit Bürgergeld

¹⁴ Man denke nur an die unsäglichen Diskussionen über Corona und die oft vorbehaltlose Unterstützung von linken Gruppen zu staatlichen Maßnahmen, genauer: Hanloser, Gerhard/Nowak, Peter/Seeck, Anne (Hg.): Corona und linke Kritik(un)fähigkeit, Neu-Ulm 2021

¹⁵ Für Broistedt/Hofmann sind Proteste dann schnell am Ende, wenn sie nicht mit der Macht der Profitlogik brechen. Benötigt werden neben einem Sofortprogramm eine längerfristige umwälzende Perspektive. Siehe: Broistedt, Philip/Hofmann, Christian: Goodbye Kapital, Köln 2020

¹⁶ <https://twitter.com/bastaberlin>

oder Wohngeld aufstocken muss, da das Arbeitslosengeld zu gering ist. Ein zu geringer Lohn (sowohl angestellt wie selbstständig) kann mit Bürgergeld oder Wohngeld erhöht werden. Bürgergeld teilt sich auf in eine Grundsicherung für Erwerbsfähige (dazu zählen auch Alleinerziehende, Pflegende, Kranke, Personen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, in der Schule, in Ausbildung und im Studium) und eine Grundsicherung im Alter und für Erwerbsgeminderte. Für Neuantragsteller*innen ab 01. Januar 2023 gibt es beim Bürgergeld Privilegien (z. B. Karenzzeiten). Personen, die nach dem Asylbewerberleistungsgesetz Leistungen beziehen, erhalten einen geringeren Regelsatz. Hinzu kommt noch eine beträchtliche Anzahl an armen Menschen, die zwar einen Anspruch auf Sozialleistungen hätten, diesen aber aus verschiedenen Gründen nicht wahrnehmen. Nach aktuellem Stand der Forschung wird von einer Nicht-Inanspruchnahme bei Grundsicherung für Arbeitsuchende zwischen 35 % und 48 % und für Grundsicherung im Alter zwischen 57 % und 63 % ausgegangen. Als Gründe werden Informationsdefizite, eine aufwendige Beantragung und das mit dem Leistungsbezug verbundene Stigma angeführt.¹⁷ Arme Menschen unterliegen in ihrer Entwicklung verschiedenen Leiderfahrungen bzw. Unsicherheiten und erleben mannigfaltige Verletzungen. Durch sozialstaatliche Zwangseinwirkungen und dadurch hervorgerufene massive Anerkennungsverluste sowie mediale Demütigungen kumulieren diese immer mehr zu akuten Existenzbedrohungen. Dagegengestellt wird die Pflicht zur Arbeit als gesellschaftliches Integrationsmodell, durch das Leid und Verletzung aufgehoben werden soll. Wer sich dem nicht verschließt, hat Anspruch auf Förderung, wer es nicht schafft, trägt eine „Schuld“ gegenüber der Gesellschaft und wer sich weigert, wird ausgegrenzt.

In den vielen Jahren meiner Zusammenarbeit mit einkommensarmen Menschen lassen sich, wenn es um Protestmöglichkeiten geht, zwei Erkenntnisse beschreiben. Zum einen gibt es nicht den vorhersehbaren Kristallisationspunkt, an dem Betroffene die Straße als ihr Terrain erobern. Dazu sind die Verarbeitungsformen von Armut zu unterschiedlich und die Interpretationsweisen über die Verantwortlichkeit der eigenen gesellschaftlichen Misere zu stark beeinflusst von selbstzuschreibender Schuldhaftigkeit und der neoliberalen Ideologie, dem zugewiesenen Hamsterrad der Armut durch dauerhafte Aktivität (Weiterbildung, Lohnarbeit) entfliehen zu können. Das heißt, man ordnet sich den institutionellen Zwängen unter, schafft es aber dennoch nicht, eine ausreichende materielle Basis für ein gutes Leben zu erhalten. Auf dem Hintergrund dieser Leiderfahrungen, zusammen mit Ohnmachtsgefühlen gegenüber öffentlicher Abwertung, entfalten Betroffene andere Formen des Widerstandes.¹⁸ Von Verweigerungsaktivitäten über Regelbrüche bis zu geschickten Verhandlungstaktiken und Freiraumschaffungen. Ihre Handlungsweisen sind individuell, werden bei Erfolg aber gerne weitergegeben, meiden durchaus die Öffentlichkeit (schon aus Schutz vor Gegenmaßnahmen und medialer Diffamierung). Innerhalb vieler linker

¹⁷ Paulus, Andrea/Oostendorp, Anna: Nicht-Inanspruchnahme von Grundsicherung, 2021: <https://www.stiftung-grundeinkommen.de/forschung/verdeckte-armut-warum-die-grundsicherung-zu-kurz-greift/>

¹⁸ Ähnlich argumentiert auch Slave Cubela in seinem Beitrag in diesem Buch. Aus der Spaltung des kapitalistischen Arbeitsprozesses identifiziert er zwei Segmente der Arbeiterklasse mit unterschiedlichen Widerstandsmodellen. „Manipulation von Stechkarten“, „Tricksereien aller Art“ usw. als Ausdruck eines der angeführten Modelle ist vergleichbar mit Formen der Renitenz Erwerbsloser. Siehe auch: Preußner, Norbert: Not macht erfinderisch, München 1989

Gruppen ist dieser Ansatz des Widerstandes verpönt, er wird nicht weiter verbreitet, sondern ignoriert. Dabei ist es der direkte Zugang zum Alltagshandeln derjenigen Personen, die am häufigsten kapitalistische Zumutungen ertragen müssen.

Jede(r), der oder die arm wird, hat ein bestimmtes Repertoire, sich über Wasser zu halten. Schon während der Corona-Krise haben sich Arme zum Teil auf Veränderungen eingestellt und ihr Verhalten angepasst. In der Energiekrise ist Pragmatismus angesagt. Die zu geringe staatliche Heizkostenpauschale wird gerne aufgegriffen, erhöhte Abschläge für Heizung wie auch Heizkostennachzahlungen übernimmt in der Regel¹⁹ das Jobcenter. Nur bei der Übernahme von Stromkosten über den Regelsatzanteil hinaus könnte es zu einer rechtlichen Auseinandersetzung mit dem Jobcenter kommen. Die Lebensmittelpreise für eine gesunde Ernährung waren für Arme schon immer zu hoch. Jetzt wird noch mehr im Discounter gekauft, Billigangebote werden gesucht und die Informationen an andere Betroffene weitergegeben, notwendige andere Käufe zurückgestellt (z. B. Kleidung), ansonsten nach halblegalen Nebenjobs Ausschau gehalten, die gegenüber dem Jobcenter verborgen bleiben müssen.

Parolen der linken Bewegung wie „Genug ist genug“ oder „Wir werden die Kosten der Krise nicht tragen“ sprechen die Armutsbevölkerung nicht an, da diese sowieso tagtäglich dafür zahlen muss. Gegen wen sollen Arme in der jetzigen Krise aufstehen? Wo ist die kritische Struktur, an der sie teilnehmen könnten? Forderungen, die sich etwa gegen das Bürgergeld richten, sind in den großen Bündnissen nicht präsent, eine gesellschaftspolitisch nachvollziehbare Perspektive, in denen sich auch Arme wiederfinden, ist nicht vorhanden. Erfahrungsgemäß ist für sie eher das individuelle Durchwurschteln erfolgversprechender als der öffentliche Protest.

Solange linke Gruppierungen einen beschränkten Zugang zum Alltagsleben armer Leute haben, wird ein gemeinsamer Verbund kaum zu ermöglichen sein, denn der „Zorn der Massen“ trägt nicht das „Kommunistische Manifest“ in sich. Er wird diffus sein, manchmal auch unerträglich, aber ohne Distanzierung ließe sich eine solidarische Grundlage schaffen, die vielleicht mehr bietet als das „Weiter so“!

Artikel von Harald Rein aus dem Buch "KlassenLos – Sozialer Widerstand von Hartz IV bis zu den Teuerungsprotesten"

Siehe Informationen zum Buch und dessen Vorwort als erste Leseprobe [im LabourNet-Dossier zum Buch](#)

¹⁹ Die Erfahrungen hier sind sehr unterschiedlich, stehen die Heizkostenerhöhungen und Nachzahlungen im Zusammenhang mit den Sanktionsfolgen, so gewährleiten viele Jobcenter die Übernahme. Probleme gibt es aber immer wieder, wenn mit Strom geheizt wird.